



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/v/96

26. April 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Die Zeit der Klärung hat begonnen Dr. Kurt Schumacher zum 1. Mai	S. 1
Frankreichs atlantische Initiative Pariser Bericht zu Bidaults Vorstoss	S. 3
Widerstandskämpfer und Sozialist Ignazio Silone 50 Jahre alt	4
SEP-Schlappe bei ostzonalen Betriebswahlen	S. 6

Die Zeit der Klärung hat begonnen

Von Dr. Kurt Schumacher

Langsam tritt der 1. Mai auch in der öffentlichen Meinung der Länder, die der Faschismus erobert hatte, wieder als Tag der Arbeitenden und der Erkämpfung ihrer Ideale in den Vordergrund.

Überall, wo der Nazismus und seine Gesinnungsfreunde ihre Diktatur errichtet hatten, wurde der 1. Mai zum Tag des offiziellen

Volksbetruges. Mit allen Mitteln versuchten die Gewalthaber in die Gewänder des sozialen Fortschritts hineinzuschlüpfen. Nirgends war

die Reaktion so stark, um den Ideen der von unten nach oben drängenden Klasse der Arbeitenden frontal erfolgreich Widerstand zu leisten.

Stets machte sie den Versuch, so zu tun, als ob die moderne Arbeiterbewegung die Ideen und die praktischen Interessen der arbeitenden

Menschen verraten hätte und der Faschismus sie verwirklichen würde. In dieser Welt der Nazi waren auf einmal die Grossunternehmer, die

für den "Herrn-im-Hause-Standpunkt" kämpften, die wahren Vertreter der Arbeiter waren die Kriegsindustriellen des Friedens, und die

Diktatoren gaben sich als Volksfreunde aus.

Eine Welt des Betruges ist zusammengeschlagen worden. Aber es gibt noch viele Betrüger, die ungestört politisch agieren können.

Und es gibt Millionen von Menschen, die unter dem Druck der Not und

der Enttäuschung ihr Leben so dumpf und stumpf verbringen, dass sie noch immer als politisches Kanonenfutter für alle Hasardeure und

Bankrotteure infrage kommen.

Die Verwüstung, Verelendung und Deformierung der Menschen und ihrer Wirtschaft ist der gefährliche Nährboden. Die soziale Passivität der Besitzbürger und ihrer Regierungen sind die unfreiwilligen Förderer. Entmachtung der Schuldigen am Dritten Reich und der Nutz-

niesser des Staates der nationalsozialistischen Gewalt, die soziale Sicherheit für die Arbeitenden und ihre Mitbestimmung in der Wirt-

schaft, die ausreichende Hilfe für alle bedürftigen Opfer des Krieges und seiner Folgen - das ist der Boden, auf dem eine soziale Demokratie

allein errichtet werden kann. Die Verteilung der Lasten nach der Tragfähigkeit der Schultern ist die einzig mögliche menschliche und nation-

nale Gesinnung. Es war die Tragödie des deutschen Volkes und seiner arbeitenden Menschen, dass sie sich täuschen und den Klassenprofit

ihrer unbarmherzigsten Gegner als nationale Notwendigkeiten und Ideale aufschwätzen liessen. Die Schichten der Grossverdiener, die einst in

Deutschland den Nationalsozialismus finanzierten und politisch mobil machten, waren nicht national. Dieselben Kreise sind heute, wenn sie

sich international und europäisch gebärden, auch nicht international und europäisch. Die Ideen der Vereinigten Staaten von Europa und des

Völkerfriedens sind Ideen, die an Aufstieg und Macht der linken Gruppierungen in der europäischen Politik gebunden sind. Die Versöhnung der

Völker und ein vereinigtes Europa unter den Fahnen der Rechten ist ein Widerspruch in sich selbst, ist der Versuch, alle internationalen

Kräfte der Reaktion und des Kapitalismus gegen die arbeitenden Menschen in jedem Volke anzuspielen.

In dem Deutschland des Jahres 1950 hat der 1. Mai eine zentrale, politische Bedeutung. Am 14. August des Vorjahres war es den Gegnern

des sozialen Aufstiegs und den Nutzniessern der europäischen Katastrophe gelungen, ihre Opfer für sich politisch in die Arena zu rufen.

Die Periode der Enttäuschungen und der Klärung ist angebrochen. Die Konzentration aller Kräfte der modernen Arbeiterbewegung, verstärkt

durch Intellektuelle, Bauern und Mittelständler, hat begonnen. Dieses Jahr sieht sieben Landtagskämpfe in Westdeutschland und Berlin. Die

Zeiten des Kampfes sind Zeiten der Aufklärung und Entscheidung. Das deutsche Volk braucht diese politische Auseinandersetzung zur Demo-

kratisierung und zur Klärung der sozialen und nationalen Fragen. Das Jahr 1950 soll den Willen des arbeitenden Volkes ausdrücken, den Kampf

für den Frieden und ein sozial und kulturell lebenswertes Leben für die Freiheit und das Recht des deutschen Volkes, seine nationale Ein-

heit zu finden, mit allem Nachdruck kundtun. Der 1. Mai ist in diesem Sinne ein entscheidender politischer Tag.

Frankreichs atlantische Initiative
Von unseren Korrespondenten A. Frisch - Paris

Es war Georges Bidault, der vor etwas weniger als zwei Jahren in seiner Eigenschaft als französischer Außenminister offiziell den westeuropäischen Regierungen die Bildung des Straßburger Europarats vorschlug. Der gleiche Georges Bidault hat nun kürzlich als Ministerpräsident im Auftrage seiner Regierung die Initiative zur Schaffung einer Atlantischen Gemeinschaft ergriffen. In dieser Entwicklung liegt keine Überraschung, da immer zahlreichere Stimmen, besonders in Frankreich, über die Grenzen Europas hinaus eine engere Zusammenarbeit mit Amerika forderten.

Für viele ist die Atlantische Gemeinschaft der logische dritte Akt der Nachkriegsentwicklung im Anschluss an den Marshallplan und den Atlantikpakt. Sie gilt gleichzeitig als sogenannte dritte Lösung des europäischen Problems und damit als eine bewusste Abkehr von der als unmöglich erkannten europäischen Neutralität zwischen den beiden Weltmächten. Die zweite Lösung war die Schaffung einer nach Westen orientierten lebensfähigen europäischen Gemeinschaft gewesen. Man glaubt aber heute in Paris, dass es hierfür bereits zu spät ist. Die Ereignisse sind gewissermassen über Europa hinweg gestürmt und zwingen es nun zu einer engeren Zusammenarbeit mit Amerika.

Natürlich denkt niemand in Frankreich an eine europäisch-amerikanische Verschmelzung. Ausgangspunkt ist die Notwendigkeit der Verteidigung Europas gegen einen Angriff aus dem Osten und vor allen Dingen der Wunsch, eine Invasion zu verhindern. Man möchte Amerika stärker als im Atlantikpakt vorgesehen an Europa binden und gleichzeitig diese Verteidigungspolitik auch wirtschaftlich untermauern, da die wirtschaftliche Schwäche Europas sehr wohl die gesamten Verteidigungspläne des Westens in Frage stellen könnte und ausserdem durch ihre sozialen Folgen dem Kommunismus allzu günstige Angriffspunkte liefert.

Es ist sicher, dass nach französischer Überzeugung die Atlantische Gemeinschaft die europäische Zusammenarbeit nicht unnötig macht; im Gegenteil, die europäischen Staaten sollen nicht als souveräne Einheiten in die atlantische Gemeinschaft eintreten, sondern als geschlossenes Ganzes, da allein auf diese Weise die Möglichkeit besteht, der europäischen Stimme den Vereinigten Staaten gegenüber

ein gewisses Gewicht zu geben. Es mag eines Tages als wünschenswert erscheinen, die Zollgrenzen zwischen Europa und Amerika fallen zu sehen. Eine derartige Entwicklung setzt jedoch die vorherige Schaffung eines einheitlichen europäischen Marktes mit der damit zusammenhängenden Arbeitsteilung und Stärkung der Konkurrenzfähigkeit voraus. Der Vorschlag Ministerpräsident Bidaults muss zwangsläufig die augenblicklichen Grundlagen des deutsch-französischen Verhältnisses völlig verändern. Die Schaffung einer Atlantischen Gemeinschaft zum Zwecke der besseren Verteidigung Europas ist ohne aktive Beteiligung Deutschlands nicht denkbar. Offiziös wird in Paris bereits mit einer baldigen entsprechenden Abänderung des Besatzungsstatuts gerechnet, wonach Deutschland einen wesentlich grösseren Teil seiner ausserpolitischen Souveränität, als es jetzt besitzt, spätestens im September dieses Jahres weitgehend wieder erhalten soll.

Man stellt sich allerdings in Paris auch die Frage, ob Deutschland gewillt sein werde, sich an der beabsichtigten Atlantischen Gemeinschaft zu beteiligen, da die Trennungslinie zwischen Ost und West mitten durch Deutschland hindurchgeht. Man glaubt jedoch nicht an die Möglichkeit einer deutschen Neutralität und sieht keinen Weg, wie eine deutsche Entscheidung den ost-westlichen Gegensatz, der allein für die Zweiteilung des Landes verantwortlich ist, beeinflussen könnte. Nur eine Verständigung zwischen Ost und West vermöchte die deutsche Einheit wieder herzustellen. Nach Ansicht der Pariser diplomatischen Kreise setzt jedoch diese Verständigung eine entschiedene Stärkung des Westens voraus, und Deutschland müsste in erster Linie an allen Bemühungen in dieser Richtung interessiert sein.

- o - o -

Widerstandskämpfer und Sozialist
Zu Ignazio Silones 50. Geburtstag am 1. Mai

Apostel der inneren Freiheit Italiens, Vorkämpfer des Antifaschismus, Fürsprecher der sozialen Gerechtigkeit sowohl im literarischen Schaffen als auch im politischen Handeln: das ist Ignazio Silone, der eben erst Fünfzigjährige, der doch bereits auf einen Weltruf zu blicken vermag.

Er entstammt der kargsten und wildesten Landschaft Italiens, den Abruzzen. Darum ist ihm das Schicksal der "Cafoni", der ärmsten Tagelöhner und Kleinbauern, so lebhaft gewärtig gewesen, das seinen

berühmtesten Roman "Fontamara" füllt. In 14 Sprachen ist diese Geschichte von der Not, der Ausbeutung und Unterdrückung der Hilflösen durch die Schwarzhenden hinausgegangen und hat die Welt eingenommen für das Dulden und Leiden der wirtschaftlich Schwächsten Italiens.

Der Bund des politischen Raubrittertums, der Faschismus, wurde von Silone bereits in den Anfängen bekämpft. Silone war immer Aktivist. In den zwanziger Jahren gehörte er noch der italienischen Kommunistischen Partei an; zweimal fuhr er als italienischer Delegierter zu den Sitzungen des Exekutivkomitees nach Moskau. Dort gingen ihm die Augen auf. Man verlangte von ihm und seinen Kameraden Protestunterschriften gegen eine Schrift Trotzki's, die sie nie zu Gesicht bekommen hatten. Viele andere ähnliche Zumutungen folgten. 1929 trat Silone aus der Kommunistischen Partei aus, während Togliatti sich Moskau unterwarf.

Die Nachkriegszeit sah Silone nach Beendigung seines Exils wieder in Italien, zunächst als Chefredakteur des sozialistischen "Avanti" und als Mitglied des Aktionsausschusses der italienischen Sozialistischen Partei. Sein literarisches Werk war inzwischen weiter gewachsen.

1947 trat Silone mit der berühmt gewordenen Rede "Über die Würde der Intelligenz" vor dem PEN-Club in Basel hervor. Er warnte vor dem Pharisäerdünkel der Intelligenz im Bunde mit den Siegerstaaten, warnte vor der Verkoppelung der Sache der Freiheit mit den materiellen Interessen der alliierten Mächte und legte ein Bekenntnis ab zu den Leidenden aller Völker. Silone ist ein Bannerträger des Sozialismus, der ihm nicht nur ökonomische Theorie, sondern innerste Glaubenssache bedeutet. Er hält das Bündnis von echtem Christentum und Sozialismus nicht ohne herbe Kritik am hohen Klerus für möglich und notwendig und glüht als eine Flamme der Würde des einzelnen und der Verehrung derjenigen Kräfte im Menschen "die immer über sich hinauszugreifen suchen und aus denen seine ewige Unruhe erwächst".

H.Sch.

SEP-Schlappe bei ostzonalen Betriebswahlen

Man schreibt uns aus der sowjetischen Besatzungszone:

Als die SEP 1948 die fälligen Gemeindewahlen und 1949 die Wahlen für die sogenannte provisorische Volkskammer unter durchsichtigen Ausreden hinausschob, wurde ausdrücklich auf die Betriebsgewerkschaftswahlen als "Ersatzwahlen" hingewiesen, in denen sich offenbar die Opposition der Bevölkerung abregieren sollte, ohne dass sich daraus auch nur formell zwingende allgemeine Folgen für das kommunistische Regime ergeben hätten. Durch diese Massnahmen bekamen die kürzlich beendeten ostzonalen Betriebsgewerkschaftswahlen eine Bedeutung, die über den gewerkschaftlichen Charakter hinaus dem Votum eines Teiles der Ostzonenbevölkerung gleichkommt.

Obwohl SEP und FDGB bemüht waren, die Ergebnisse dieser betrieblichen Wahlen geheimzuhalten, sind doch Angaben bekanntgeworden, die der erste Vorsitzende des FDGB, Herbert Warnke, dem Politbüro und dem Zentralsekretariat der SEP gegenüber gemacht hat. Sie bringen die grösste Niederlage zum Ausdruck, die die SEP bisher einstecken musste. Nach den Angaben des FDGB sind die Zahlen über das Ergebnis in Sachsen, das als sozialdemokratische Hochburg gelten muss, am bedeutsamsten. Das Gesamtergebnis in den sächsischen Industriebetrieben zeigt, dass die Mehrheit der Betriebs-Gewerkschaftsgruppenleitungen von 55 Prozent Parteilosen gestellt wird. Je zwei Prozent stellen die bürgerlichen Ostzonenparteien. Die SEP hat von den gewählten Kandidaten nur 41 Prozent errungen. Wenn man den Druck berücksichtigt, unter dem die Wahlen stattgefunden haben, das Fehlen von offen auftretenden Gegenkandidaten, die offenkundigen prokommunistischen Korrekturen, die hohe Zahl der Gewerkschaftsmitglieder, die trotz der scharfen Kontrolle an der Wahl nicht teilgenommen oder die ungültige Stimmen abgegeben haben, dann lässt sich das ganze Mass der Ablehnung gegenüber dem SEP-Regime ermessen. Nach kommunistischen Angaben betrug die Wahlbeteiligung 85 Prozent (eine Ziffer, die bei Betriebswahlen - noch dazu unter diesen Umständen - sehr gering ist) haben in den Privatbetrieben 7,2 Prozent, in den Volkseigenen Betrieben, wo die Wahlbeteiligung durch Zwangsmassnahmen grösser war, aber 12,2 Prozent der Wahlteilnehmer ungültige Stimmzettel abgegeben.

Die SEP hat diese Niederlage also nicht einmal in den Volkseigenen Betrieben und den Behörden, in denen die Arbeiter und Ange-

stellten einer besonderen Kontrolle unterstehen, verhindern können. Im sächsischen Finanzministerium, dessen Angestelltenschaft zu 70

Prozent der SEP angehört, wurden von insgesamt 12 zu wählenden Kandidaten nur zwei SEP-Leute gewählt. Im Volkseigenen Betrieb "Sanar"

in Berlin-Köpenick wurden zehn Mitglieder gewählt, die nicht der SEP angehören, während von den aufgestellten 7 SEP-Kandidaten nur einer durchkam.

Der Ausgang der Betriebsgewerkschaftswahlen besagt aber nichts über die Zusammensetzung der FDGB-Vorstände und der Gewerkschafts-

bürokratie. Auch die in den Schlüsselbetrieben tätigen hauptamtlichen Sekretäre der Gewerkschaftsgruppenleitungen werden davon nicht

betroffen. In Vorbereitung der Wahl der Vorstände notwendigen besonderen Delegiertenkonferenzen hat der FDGB in einem Rundschreiben

bereits darauf hingewiesen, dass die Vorschlagslisten für die Delegiertenwahlen wesentlich mehr "fortschrittliche Arbeiter und Akti-

visten" enthalten müssten. Der FDGB und die SEP werden selbstverständlich alles daran setzen, die Schlüsselstellungen in den Gewerkschaften trotzdem in den Händen unbedingt linientreuer Kommunisten zu behalten.

Die Sowjets und die SEP müssen sich aber nach diesen Wahlen fragen, ob die Einheitsliste das probate Mittel ist, die sichtlich

steigende Opposition zu bändigen. Die Niederlage, die die ostzonalen Belegschaften der SEP bereitet haben und ihre Absage an die

Nationale Front, unter deren Parolen die Wahlen standen, beweisen, dass die Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone nichts mit dem

herrschenden Regime zu tun haben will und auch über den Willen ihrer Machthaber hinweg die Forderung des Westens nach gesamtdeutschen

Wahlen aufgegriffen hat. Der Ausgang der Betriebsgewerkschaftswahlen ist eine Verpflichtung für den Westen, in der Initiative zur Wieder-

herstellung der deutschen Einheit nicht nachzulassen.

- o - o -

(sp.) Die "Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Alkoholgegner", Sitz Hamburg, appelliert im Zusammenhang mit dem 1. Mai an alle Teilnehmer von Maifeiern, für eine würdige Durchführung der Feiern besorgt zu sein. "Wenn ihr glaubt, nicht ohne Alkohol feiern zu können", so heisst es in dem Aufruf u.a., "dann bleibt wenigstens mässig". Die Arbeitsgemeinschaft weist darauf hin, dass die Hälfte aller sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten in Schweden Alkoholgegner sei und dass der Bund abstinenter Arbeiter im kleinen Finnland 30.000 Mitglieder zähle.

- o - o -